



Isolde Charim

Kampfplatz Kultur

Der dänische Karikaturenstreit und der Wandel der Öffentlichkeit

Im Zuge des so genannten "Bilderstreits" um die dänischen Karikaturen hat der Großimam der einflussreichen Al-Azhar-Universität in Kairo ein weltweit gültiges Verbot von Beleidigung religiöser Empfindungen vorgeschlagen. Dazu sollten führende Vertreter der Weltreligionen, darunter er selbst und Papst Benedikt XVI., einen Gesetzestext verfassen. Dieser skurrile Einwurf wirkt wie eine Verdichtung der gegenwärtigen Situation.

Allein die Vorstellung, Religionsführer könnten einen Gesetzestext verfassen, ist wie ein Nachhall aus fernen Priesterherrschaften. Interessant ist auch der ökumenische Zugang, der offensichtlich keine interreligiösen Beleidigungen vorsieht, sondern einzig solche seitens säkularisierter Individuen. Am Skurrilsten aber ist, wie dieser Vorschlag des Großimams, der wie aus einer anderen Zeit scheint, gerade in seinem völligen Verkennen der westlichen Welt, unbeabsichtigt eine Wahrheit unserer Gegenwart sichtbar macht — jene Wahrheit, die paradoxerweise gleichzeitig auch die grundlegenden Missverständnisse der aktuellen Auseinandersetzung befördert.

Um sich dieser komplexen Sachlage anzunähern, sollten wir uns zunächst einmal vor Augen halten, welche unfassbare Karriere der Begriff des religiösen Empfindens seit Beginn des Karikaturenstreits erfahren hat. Dieser ist plötzlich wieder da. Er hat unbemerkt die vordere Bühne der Öffentlichkeit eingenommen. Die Aufnahme, die er dort gefunden hat, ist umso bemerkenswerter, als sich diese Öffentlichkeit ja gerade durch die Eliminierung aller Subjektivitäten konstituiert hat. Der italienische Philosoph Paolo Flores d'Arcais hat diesem Auftritt kürzlich einen Text gewidmet. Darin zeigt er das religiöse Empfinden in seiner Rolle als Gegenspieler der Freiheit: Meine Freiheit, schreibt er, soll ihre Grenze nicht an Deiner Empfindsamkeit haben. Letztere würde sich aber — quasi durch die Hintertüre kommend — Eintritt verschaffen, indem sie als Mahnung in den Einzelnen eindringt, dessen Verantwortungsethik mobilisiert und so ihre Wirkung als Selbstzensur entfaltet, als eine Art Über-Ich, das sich selbst jedes Vorgehen, das als Provokation gedeutet werden kann, verbietet. D'Arcais erteilt den Aspirationen der religiösen Empfindsamkeit auf eine Position im öffentlichen Raum eine eindeutige Abfuhr. Denn der Glaube sei in der Sphäre der Öffentlichkeit kein Absolutes, da diese in der Demokratie "unantastbar pluralistisch" sei.

So sehr d'Arcais in ethischer Hinsicht zuzustimmen ist, so muss man doch sagen, dass diese Haltung — die man als *westliche Haltung #1* bezeichnen könnte — nicht ausreicht. Denn die Komplexität der gegenwärtigen Situation besteht unter anderem auch darin, dass es nicht ausreicht, einfach Position zu beziehen. So hat d'Arcais beispielsweise in seiner Analyse eine wesentliche politische Veränderung verfehlt. Die Grenze zwischen Öffentlichkeit und zivilgesellschaftlicher Privatheit, die seiner Argumentation zu Grunde liegt, hat

seit längerem eine tief greifende Verschiebung erfahren. Im Gegensatz zum früheren Grundsatz, nach dem man sich seiner partikularen Besonderheiten entledigen musste, um die Sphäre der Öffentlichkeit zu betreten, vollzieht man diesen Schritt heute gerade im Namen seiner privaten Identität. Man erhält öffentliche Aufmerksamkeit gerade für seine Singularität, als solche wird man Teil des gesellschaftlichen Ganzen: als Frau, als Homosexueller und nun eben als religiös Empfindender. Die Zivilgesellschaft "veröffentliche sich", während der Staat "sich privatisiere", lautete der Befund des französischen Demokratietheoretikers Marcel Gauchet. Unbeabsichtigt hat der Imam diese Veränderung zur Darstellung gebracht.

Dies hat große Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs unserer Gesellschaften. So werden die spezifischen Forderungen nicht mehr in eine politische Sprache übersetzt — sie werden z.B. nicht zu einem Programm formuliert. Es geht eher darum, mittels einer eindeutig nicht-politischen Sprache, einer "Sprache der ethischen Forderungen" (Gauchet) auf das Politische Einfluss zu nehmen. So sieht sich die Öffentlichkeit zunehmend substantialisiert: Sie wird mit Werten konfrontiert, die sie leiten sollen.

Genau diese Bewegung konnte man im Zuge des Bilderstreits wie in einem Brennglas beobachten. Der religiös Empfindsame hat seine Forderung nach Anerkennung nicht in eine politische Sprache gefasst, die in etwa lauten müsste, die Stellung von Migranten zu verbessern. Er hat sich vielmehr in seinen privaten religiösen Gefühlen "veröffentlicht" und als solcher Bestätigung gesucht.¹ Man muss also sehen, dass dieser Diskurs, dem d'Arcais so entschieden entgegentritt, nur deshalb "greifen" konnte, weil er auf eine Disposition unserer veränderten Öffentlichkeit traf, die gerade solchen Positionen Vorschub leistet. Der Bilderstreit traf auf einen empfänglichen Boden. Sein Diskurs war gewissermaßen "erwartet".

Für die westliche Haltung #1 zeigt sich also, dass es nicht mehr ausreicht, sich dagegen mit dem Konzept eines öffentlichen Raumes zur Wehr zu setzen, das längst seine Gültigkeit verloren hat. Nun gibt es aber noch eine *westliche Haltung #2*, jene des Verständnisses für die islamische Welt. Für diese wiederum gilt: ihre Haltung beruht auf einer falschen Wiedererkennung. Ihr Verständnis beruht auf einem grundlegenden Missverständnis. Dieses wird deutlich, wenn man sich die Frage stellt, ob diese Phänomene, die Öffentlichkeit weltweit beschäftigen, nun ein "Kampf der Kulturen" ist — oder nicht?

Diese Frage ist umso schwieriger zu beantworten, als bereits das Sprechen über einen solchen anti-islamisch sein kann. Dies würde aber nur dann stimmen, wenn man unter "Kulturen" das versteht, was man dem Vater dieser Parole, Samuel Huntington, — durchaus zu recht — vorgeworfen hat: Die Vorstellung, diese seien fixe Einheiten, monolithische Blöcke, die quasi "naturgemäß" in Konflikt miteinander geraten. Und die dem entsprechende Überzeugung, eine Einteilung der Welt nach (wie auch immer definierten) kulturellen Merkmalen bedeute notwendigerweise eine Hierarchisierung — die Bekräftigung einer westlichen, amerikanischen Vorherrschaft, die es zu verteidigen gelte. In diesem Sinne wäre tatsächlich bereits die Bezeichnung "Kampf der Kulturen" für die aktuellen Ereignisse eine Kriegserklärung und keine Analyse.

Trotzdem sollte man diese Formulierung nicht so schnell ad acta legen, wenn man versuchen will zu verstehen, was derzeit vor sich geht. Thomas Assheuer hat in der *Zeit* — eben in einer Polemik gegen Huntington — geschrieben, die

Religion sei "oft nur eine Maske ..., mit deren Hilfe brutale Anerkennungs- und Verteidigungskonflikte getarnt werden". Das aber scheint genau der Punkt eines grundlegenden Missverständnisses zu sein.

Die Vorstellung, die Religion sei nur eine irrationale Maske für die ihr zugrunde liegende Rationalität, bedeutet, die Religion nicht ernst zu nehmen. Es erinnert an jene Charakterisierung, die aus ihr ein "Überbauphänomen" gemacht hat, das man auf seine reale Basis zurückführen muss. Solcherart reduziert, begibt man sich der Möglichkeit, die spezifische Funktion, die der Islam heute hat, zu verstehen. Dieser ist keine Maske, um andere Wahrheiten wie Armut, Ausbeutung, Chancenlosigkeit zu tarnen, sondern er ist — gerade aufgrund eben dieser Probleme — vielmehr das Feld, auf dem Identität hergestellt wird. Eine Identität, die sich nicht mehr national begrenzt, sondern eine transnationale, panislamische Anrufung ergehen lässt, der Moslems von der Türkei bis nach Pakistan folgen können.

Wie bedeutsam diese Funktion des Religiösen ist, erschließt sich, wenn man sich Folgendes vor Augen hält: Selbstverständlich gibt es all diese realen Konflikte — aber trotz ihrer bedrängenden Realität werden sie nicht in sozialen oder ökonomischen Auseinandersetzungen ausgetragen. Das Feld, auf dem sie inszeniert und "ausgefochten" werden, ist die Religion oder die Kultur. Das ist nicht nur etwas anderes als eine Maske, es ist vielmehr deren Gegenteil.

Diese Funktion kann sie aber nur übernehmen, wenn die Bedeutung der Religion grundlegend verschoben wird. Denn Religion wird hier nicht im religiösen Sinne von Frömmigkeit oder Erfahrung des Heiligen aktualisiert. Die Berufung auf die Religion wird zu etwas Polemischen, zu etwas, das man gegen andere einsetzt, zur Herausforderung eines ebenso imaginären Anderen — des Westens. Deshalb ist auch die vielerorts erörterte Frage, wie weit die Moslems eins mit ihrem Glauben sind oder welche Brüche, als Indizien einer aufklärerischen Distanz, es da geben kann letztlich irrelevant. Denn das Religiöse fungiert hier nicht mehr vorwiegend als Bezug auf ein Transzendentes, sondern als Herstellung einer Gemeinschaft, einer Identität also, die *gegen* etwas gerichtet ist. Sie wird zu einem Feld, auf dem sich Globalisierungsverlierer vereinen können. Eben diese Verschiebung aber verkennt die westliche Haltung #2, die meint, ihr liberales, privatistisches Religionsverständnis im Karikaturenstreit wieder zu erkennen. Der Bilderstreit mit seinen verständlichen ebenso wie mit seinen unverhältnismäßigen Reaktionen hat aber gezeigt, dass die Forderung nach Respekt für die religiösen Überzeugungen sich in ihr Gegenteil verkehren und die — eben nicht privatisierte — Religion zu einem Mittel der Herausforderung des liberalen Westens werden kann. Das Heilige wird zum Banner, unter dem sich Moslems weltweit gegen den Westen sammeln können. In diesem Sinne muss man sagen: Huntington hat Recht, die Religion ist *die* ideologische Form, in der Konflikte mit dem Westen ausgetragen werden. Huntington hat also dann recht, wenn man den "Kampf der Kulturen" als den "Kampf der kulturellen Ideologien" versteht.

Natürlich ist solch eine Kulturalisierung der Konflikte brandgefährlich. Nur haben die, die davor warnen, übersehen, dass eine solche bereits stattgefunden hat. Der Charakter der Auseinandersetzung hat sich längst von einer säkularen, ökonomisch-sozialen auf eine religiös, fundamentalistische Ebene verlagert. Diese Verschiebung ist gleichbedeutend mit dem Wandel von rationalen Konflikten, die letztlich quantifizierbar, also teilbar und lösbar schienen, zu einer kulturellen Aufladung, die daraus identitäre Konflikte macht. Wir haben es nicht mit einer irrationalen Maskierung von rationalen Problemen zu tun,

die Auseinandersetzung selbst hat sich vielmehr irrationalisiert.

Ursache dafür ist das, was man als terroristischen Totalitarismus bezeichnen kann. Der Terrorismus hat nicht nur das Terrain des Kampfes von jeder rationalen und verhandelbaren Ebene abgelöst. Er hat darüber hinaus auch eine unglaubliche Ausdehnung der Konflikte bewirkt, indem er nicht nur jene in die kulturell-religiöse Auseinandersetzung involviert, die eine solche *wollen*, sondern auch jene hineinzieht, die sie *nicht* wollen. Er zwingt auch Moderate dazu, sich als Moslems zu bekennen und damit — ob beabsichtigt oder nicht —, seine Reihen zu verstärken. Das ist das Totalitäre daran. Damit wird die Unterscheidung zwischen Radikalen und Gemäßigten zunehmend aufgeweicht. Immer weitere Bevölkerungsteile werden einbezogen — wie der Karikaturenstreit exemplarisch vorgeführt hat. Wo genau verläuft die Grenze zwischen Islam und Islamismus, die alle Liberalen beschwören? Sie wird zusehends diffuser.

Der terroristische Totalitarismus erklärt auch, warum der viel beschworene "Dialog" der Kulturen nicht hilft, denn dieser setzt den Liberalismus nicht nur als Dialogpartner voraus, sondern auch als Feld, auf dem ein solcher überhaupt stattfinden kann. Mit der religiösen Identität hat sich der Islamismus aber von vornherein auf einem anderen Terrain platziert: Er hat die Religion nicht nur zum Einsatz, sondern auch zum Medium der Auseinandersetzung gemacht. Hier liegt aber die Crux der westlichen Haltung #1, die auf die zentrale Frage in dieser Auseinandersetzung, was uns wichtiger sei, die Werte der Aufklärung oder jene der Religion, eindeutig für erstere optiert. Denn sie verkennt, dass diese Fragestellung selbst auf falschem Boden steht: Sie erlaubt als Antwort nur ein Glaubensbekenntnis — egal für welche der beiden Alternativen man sich entscheidet. In dem Moment aber, wo der so genannte Westen die Demokratie — die doch eine spezifische Form eines nichtgläubigen Glaubens ist — wie einen Glauben behandelt, wo er beginnt, seine Ordnung wie eine Glaubenswahrheit zu verteidigen, ist er seinem Gegner auf dessen Terrain gefolgt: in die Irrationalität eines Glaubenskampfes. Dieses totalitäre Spiel kann man nicht gewinnen — man kann sich ihm nur verweigern.

Der Text beruht auf einem Beitrag zur Podiumsdiskussion "Bilderstreit 2006. Pressefreiheit? Blasphemie? Globale Politik?" am 1. März 2006 im Rahmen der Wiener Vorlesungen im Wiener Rathaus.

¹ Den Imam aber, mit seiner Forderung einer gesetzlichen Festschreibung – die sich ja der Rubrik "Theokratie" verdankt – würde sein eigener Vorschlag einholen. Denn der rechtliche Schutz des einzelnen Gläubigen in seinen subjektiven Gefühlen hätte zur Folge, dass sich seine Schäfchen individualisieren.